

Entwurf eines Interfraktionellen Antrags Politische Partizipation

Tübingen, 18.3.2012

Antrag zu den Vorlagen 230, 230a und 230b

Um die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt zu verbessern, wird ein **Integrationsbeirat** eingerichtet, der **als unabhängiges und autonomes Gremium** die Integrationsbeauftragte und den Gemeinderat bei ihrer Arbeit unterstützt und berät, Probleme erkennt und Lösungsmöglichkeiten entwickelt. Dem Gremium wird die Möglichkeit eröffnet, Anträge zu stellen.

Der Beirat besteht aus 25 Mitgliedern (19 plus 6). Davon sind 13 Migrantinnen und Migranten, die von den Fraktionen benannt bzw. vom Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung gewählt werden, und sechs Mitglieder des Gemeinderates. Diese 19 ernennen bis zu sechs weitere Mitglieder als Expertinnen und Experten (z.B. aus Vereinen, Bürgerinitiativen, Wissenschaft), die als kooptierte Mitglieder Stimmrecht im Gremium haben.

Der Integrationsbeirat tritt regelmäßig zusammen und beschließt eine Geschäftsordnung. Er wählt einen Sprecher/eine Sprecherin und einen Stellvertreter/eine Stellvertreterin. Der Sprecher/die Sprecherin beruft die Sitzungen ein und schlägt die Tagesordnung vor. Der Beirat tagt in der Regel öffentlich.

Bei der Stadtverwaltung wird eine 0,25-Stelle eingerichtet. Zudem werden entsprechende Sachkosten bereitgestellt.

Der Integrationsbeirat entsendet in jeden Ausschuss des Gemeinderats **einen sachkundigen Einwohner/eine sachkundige Einwohnerin**.

Begründung:

Wir teilen das Ziel der Verwaltung, die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten in Tübingen zu stärken. Wir wollen einen Integrationsbeirat, in dem Meinungsbildung möglich ist, der verbindlichen Charakter hat, weitgehend unabhängig ist und über Anträge politisch Einfluss nehmen kann.

Der Jugendgemeinderat zeigt, wie erfolgreich Partizipation für Menschen erreicht werden kann, die kein aktives und passives Kommunalwahlrecht besitzen. Beim JGR und dem Ausschuss für Soziales, Bildung, Jugend und Sport wird auch kein Problem der Doppelstruktur gesehen.

Da wir gemäß unserem Integrationskonzept Integration als Querschnittsaufgabe verstehen, halten wir es ebenfalls für sinnvoll, sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Beirat in die Ausschüsse zu entsenden. Der Schwerpunkt liegt aber auf der politischen Partizipation durch den Integrationsbeirat.

Tübingen ist in der glücklichen Lage, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort in Vereinen, Schulen und Initiativen für Integration einsetzen und integrationspolitischen Sachverstand mitbringen. Dieses Potential muss genutzt werden, wenn wir kommunalpolitische Partizipation erreichen wollen!

Für die SPD-Fraktion
Für die Fraktion Die Linke

Dorothea Kliche-Behnke
Angela Hauser